



Nummer 3
2017
64. Jahrgang

**Der parteifreie
Gewerkschafter**

Informationsblatt der Parteifreien Gewerkschafter/innen Österreich

Arbeitszeit, Mindestlohn – es geht um die Anliegen der Beschäftigten

„Der ÖGB und die Gewerkschaften haben sich ehrlich und intensiv darum bemüht, gemeinsam mit den Sozialpartnern zu einer Einigung über eine Weiterentwicklung des Arbeitszeitrechtes zu kommen. Einer Lösung, die keine Verbesserungen für die Beschäftigten bringen würde, konnten und wollten wir nicht zustimmen“, kommentiert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck Journalismus, Papier – (GPA-djp) – Wolfgang Katzian die Sozialpartnerverhandlungen zu den Themen Mindestlohn und Arbeitszeit.

Die Vereinbarung der Sozialpartner für 1.500 Euro Mindestlohn/Mindestgehalt begrüßt Katzian als längst fälligen Schritt. „Das Ziel der GPA-djp, einen Mindestlohn bzw. ein Mindestgehalt von 1.700 Euro durchzusetzen, bleibt natürlich aufrecht:

Die GPA-djp hat heuer bereits in einer Reihe von Kollektivverträgen sowohl die Grenze von 1.500 Euro als auch jene von 1.700 Euro überschritten, diesen Weg werden wir fortsetzen. Trotzdem ist es ein wichtiges und richtiges Zeichen, das die Sozialpartner gesetzt haben: Der Mindestlohn von 1.500 Euro muss für alle Beschäftigten durchgesetzt werden!“

Hohe Kollektivvertragsabdeckung sichert fairen Wettbewerb und gleiche Standards

Die hohe Kollektivvertragsabdeckung in Österreich ist ein Erfolgsfaktor, sie sichert einen fairen Wettbewerb und bedeutet für die Arbeitnehmer/Innen gleiche Standards. In den Kollektivverträgen werden nämlich wesentliche Dinge geregelt, wie etwa die Einstufungen für bestimmte Verwendungsgruppen, Zulagen, Reisekosten, spezifische Regelungen der Arbeitszeit oder das 13. und 14. Monatsgehalt.

Eine Abschaffung der Flächenkollektivverträge hätte massive Auswirkungen auf die Beschäftigten in den Niedriglohnssektoren. Hier ist es an der Zeit die Mindestlöhne auf 1.500 Euro brutto zu erhöhen.

Die Metallindustrie ist mit einem Mindestlohn von 1.785,08 Euro davon nicht betroffen!

Aus gegebenen Anlässen in letzter Zeit:

Entgeltfortzahlung im Katastrophenfall

In Katastrophenfällen gibt es die gesetzlich geregelte Entgeltfortzahlung. Seit 2014 gilt diese nicht nur für Angestellte, sondern auch für Arbeiter. Während bei Angestellten der Entgeltfortzahlungsanspruch beim Ausfall in der Arbeit gesetzlich geregelt ist, gab es bis 2013 bei den Arbeiter/Innen abweichende Regelungen.



Österreichs Bildungspolitik geht den Bach hinunter!

PFG fordert Lösungen für die tatsächlichen Probleme an den Schulen und mehr Geld für die Bildung.

„Die von SPÖ, ÖVP und Grünen am 28. Juni 2017 gegen den Willen der Betroffenen durchgedrückte Bildungsreform löst die tatsächlichen Probleme an den Schulen nicht, sondern wird neue schaffen“, ist der parteilose Gewerkschafter Sigi Gierzinger überzeugt.

Die wirklichen Dinge, um die sich eine seriöse Bildungspolitik kümmern sollte, sind:

- Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen können,
- Kinder mit Handicaps, die keine zusätzlichen Sonderpädagogen/innen zur Seite bekommen,
- Kinder, die psychische Probleme haben und daher oft Probleme an den Schulen bereiten,
- Kinder, die hochbegabt sind und keine zusätzlichen Unterrichtsstunden erhalten,
- Kinder, die auf Grund der sozialen Umstände im Elternhaus geringe Chancen haben, ihr späteres Leben gut und selbstbestimmt meistern zu können,

um nur einige der „Brennpunkte“ aufzuzählen, stellt Sigi Gierzinger fest.

Statt diese Dinge anzugehen, scheint es der so genannten Bildungspolitik in erster Linie um den Erhalt oder die Vergrößerung der politischen Macht zu gehen, egal ob es im Match Länder gegen Bund oder Partei A gegen Partei B geht.

Der parteilose Gewerkschafter gehe davon aus, dass die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst offensiv gegen die unpädagogische Reform eintreten und diese keinesfalls schön reden werde.

„Die Jugend von heute hat ein Recht darauf, dass wir mehr Geld in deren Ausbildung investieren, daher fordert die Fraktion der parteilosen Gewerkschafter/innen zusätzliches Personal an den Schulen, um schon heute den Anforderungen der Zukunft gerecht werden zu können. Nur so werden wir den Kindern und Jugendlichen gerecht und können ihre Zukunftschancen erhöhen“, schließt der parteilose Gewerkschafter überzeugt.

Sigi Gierzinger, Personalvertreter für Lehrer/innen an allgemeinbildenden Pflichtschulen Salzburgs.

Ein Sommertraum

Pensionen bis 1.500 € brutto sollen um 2,2% steigen

Der Stufenplan von Sozialminister Alois Stöger will mehr Gerechtigkeit bei den Pensionserhöhungen 2018. Die 2,2% Erhöhung bis 1.500 € betrifft 1,68 Millionen ASVG-Pensionen und 51.000 Beamte. Zwischen 1.500 € und 2.062 € beträgt die Erhöhung gestaffelt 2,2 bis 1,6%, hier betrifft es 360.000 Pensionisten. Über 2.062 € bis 3.355 € (mittelhohe Pensionen) wird nur mehr die Inflationsrate (Durchschnitt der letzten zwölf Monate) von 1,6% abgegolten. Da fallen weitere 335.000 hinein.

Bis zu einer Grenze von 4.900 € wird die Pensionserhöhung geringer als 1,6% ausfallen. Das trifft nur mehr 37.237 Personen, die im öffentlichen Bereich tätig waren.

Nach Ideen von SPÖ und ÖVP: hohe Sonderpensionen noch einmal zu kürzen, würden Pensionsversicherungsbeiträge erhöht werden.

Die Kosten für das erwähnte Erhöhungsmodell werden laut Sozialministerium 897 Millionen Euro betragen. Die ASVG-Durchschnittspensionen betragen 2016 bei Männern 1.532 € brutto, bei den Frauen nur 955 € brutto.

Die treuen Pensionisten und Pensionistinnen bedanken sich für das Wahlzuckerl.

Freizeit-Kultur Tipps

Niederösterreich

Landesaustellung: Alles was Recht ist.

Bei der Niederösterreichischen Landesaustellung: „Alles was Recht ist“ erleben Besucher noch bis November 2017, dass es dort, wo Menschen zusammenleben, einen rechtlichen Rahmen braucht. Die Ausstellung blickt auf die Geschichte der Rechtsprechung und ihre mögliche zukünftige Entwicklung: „Wie wollen wir unsere Welt gestalten – im Großen und im Kleinen? Wie gingen Menschen früher miteinander um und wie heute? Wo bewegen wir uns gemeinsam hin?“ Im Rundgang durch die Räume stellen sich Besucher Fragen wie „Reden oder richten? Versöhnen oder vergelten? Demonstrieren oder dulden?“.

Das Schloss selbst wurde anlässlich der Landesaustellung behutsam generalsaniert und präsentiert sich in seiner neuen Pracht. Dabei wurde auch die Baugeschichte des Schlosses neu aufgerollt. In der Sonderausstellung „Schloss Pöggstall – zwischen Region und Kaiserhof“ wird das große Kunstverständnis der Schlossherren deutlich.

Unser Tipp: Nutzen Sie auch gleich die Gelegenheit im Zuge der Landesaustellung, um das reizvolle südliche Waldviertel zu erkunden. Rund um Pöggstall gibt es entlang der Waldviertel-Stationen noch mehr an Kunst und Natur zu entdecken.

Mehr zum Thema:

www.niederösterreich.at/kultur-und-kunst,

www.noelandesausstellung.at

Oberösterreich

Kremsmünster: Dreiklang der Gärten

Die Oberösterreichische Landesgartenschau 2017 in Kremsmünster bietet an drei Schauplätzen einzigartige Gartenkompositionen: Zentrales Herzstück ist das Stift Kremsmünster, dessen Gärten und Höfe behutsam neu gestaltet wurden. So wurden der trockene Wassergraben zum Blumenmeer und der Konventgarten zur neuen, bunten Erholungsoase. Rund um die Sternwarte erstrahlen tausende Blüten, und die Aussichtsterrasse des Cafés im historischen Gartenpavillon bietet einen herrlichen Rundblick. Am zweiten Schauplatz, dem neuen Park an der Krems, werden zeitgemäße Gartenideen präsentiert. Spiel- und Sportmöglichkeiten machen die Anlagen zum attraktiven Freizeitpark. Die Gartenanlagen von Schloss Kremsegg vervollständigen den Dreiklang. Passend zur umfassenden Sammlung an Musikinstrumenten im Schloss wurden im Park ein blühender Orchestergraben und ein Klanggarten.

Wahlkampf (Wahlkrampf) 2017

Wir erinnern nur noch an 2016, wo wir in 3 Wahlgängen, mit anfänglich 6 Kandidaten, in einer Stichwahl einen „grünen“ Bundespräsidenten aus der Taufe gehoben haben. Nun erleben wir neue Umbrüche, personelle Veränderungen und Neuanfänge im Parlamentarismus. Wie Schachfiguren wechseln Abgeordnete von einer zur anderen Fraktion. Liste-VP Kurz bietet z.B. Sportlern, einer Ballorganisoratorin, einem Mathematikprofessor, einem Ex-Rechnungshofpräsidenten einen sicheren Listenplatz an. Zur FP kommen wieder politische Heimkehrer und die NEOS erhoffen sich durch die pensionierte Verw.GH-Präsidentin Irmgard Griss einen Einzug ins Parlament.

Gehört das Wort „Wahlkampf“ nicht aus unserem Wortschatz verbannt? Kampf stört in der ganzen Welt den Frieden und bei uns geht es doch nur um Wortgefechte, Mandatsgeld und Ministersessel!

16 Listen steigen in das Wahlspektakel, mit Millionen Euro Wahlkosten, Wahlspenden und Wahlversprechen um unser Steuergeld!

Für den gelernten Österreicher wird die Wahl zur Qual.

Meinungsumfragen füttern nur die Social Medias mit Prognosen für die Parteistrategen. Wo sind die Parteiwissenschaftler mit Aussagen für das Volk zur Orientierung und verständlicher Entscheidungshilfe für den 15. Oktober 2017? **Hier werden dann die Würfel fallen, Rot, Blau, Schwarz, Grün, Gelb, Weiß oder Pink?**

*Als parteifreie Gewerkschafter
bleiben wir unseren Grundsätzen –
nur der Sozialpolitik zu dienen – treu!*

*Also möge sich jeder sein eigenes Urteil bilden
und danach die Wahl treffen!*



Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag

60 Jahre: Werner Hochschwarzer
Weer, am 6. 8. 2017

70 Jahre: Franz Mühlechner
Lambach, am 5. 10. 2017
Wilhelm Winkler
Birgitz, am 28. 9. 2017

75 Jahre: Katharina Kaltenbrunner
Salzburg, am 16. 10. 2017

90 Jahre: Franz Leitner
Zeltweg, am 6. 9. 2017

**Ende der digitalen Revolution –
Verlierer sind die Homo Sapiens,
die nun zu Homo digitalis mutieren!**

Start der Herbstlohnrunde

ab 20. September 2017 mit Verhandlungen für die
Metallindustrie.

Das Konjunkturbarometer zeigt nach oben und die
Wirtschaftsdaten in der Branche sind ausgezeichnet.

Kindergarten bis Universität: Bildung unter einem Dach?

Unterrichtsministerin Mag. Dr. Sonja Hammerschmid
(SPÖ) fordert die Bündelung von Zuständigkeiten für die
Bildung vom Kindergarten bis zur Universität. Alles solle
in einem Ressort Platz finden. Außerdem solle jedes Kind
Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten
Lebensjahr haben. (KRONE 19.8.2017, Seite 11)

Arbeitslose als Retter im Pflegebereich

Landauf, landab trommelt man: der Gesundheits-, Pflege- und
Betreuungs-Bereich hat mit Personalmangel zu kämpfen.
Mit einem kuriosen Vorschlag trat kürzlich Univ.-Prof. Dr.
Wolfgang Mazal, Sozial-, Arbeitsrechts- und Pensionsexperte
der letzten Pensionsreform, an die Öffentlichkeit. „Man könn-
te arbeitslose Menschen für die 24-Stunden-Betreuung am
Land einsetzen.“ Wir vertreten jedoch aus Erfahrung die
Meinung, Pflege und Betreuung sind alles andere als unquali-
fizierte Tätigkeit, im Gegenteil, auch dafür braucht es eine
gediegene Ausbildung. Arbeitslose sind daher nicht automa-
tisch geeignet in einem der zahlreichen Pflegebereiche zu
arbeiten. Zur Zeit wird die angebotene 24-h-Betreuung nur
über Agenturen mit ausländischen Arbeitskräften, überwie-
gend Frauen, arbeitsrechtlich abgewickelt. Die Forderung von
Dr. Mazal, Arbeitslose im Pflegebereich einzusetzen, wider-
spricht dem Österreichischen Arbeits- und Sozialrecht. Es ist
dies eine Entgleisung eines Wissenschaftlers, der die Realität
im Pflegebereich nicht aus der Praxis kennt !

ÖGB-Frauen

Forderung nach Lohntransparenzgesetz

Die innerbetriebliche Offenlegung aller Gehälter ist nur ein Traum
von Sozialromantikerinnen. Es wird dadurch Neid und Unzufrie-
denheit geschürt. Außerdem steht in den meisten Arbeitsverträgen:
über die Gehaltshöhe Stillschweigen zu bewahren. Wir
Gewerkschafter haben die Aufgabe für die Einhaltung/Kontrolle der
kollektivvertraglichen Gehälter von Männern/Frauen zu sorgen. Das
Einsichtsrecht der Belegschaftsvertreter in Gehaltslisten über
Gehaltshöhe, Einstufung, Überbezahlung oder Biennalsprünge ist
ausreichend, aber eine Holpflicht. Ein Mißtrauen gegen Arbeitgeber
ist nicht zeitgemäß, da die meisten Arbeitnehmer/innen auf Grund
ihrer Ausbildung und menschlichen Reife selbst für ein gerechtes
Gehalt eintreten können. Sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer
können sich durch einen Arbeitsvertrag zu einem beidseitig einver-
nehmlichen Gehalt einigen. Die Arbeitszufriedenheit sollte man aber
auch in Betracht ziehen.

Jeder Mensch hat individuelle Fähigkeiten, aber die effektive
Leistung ist schwer messbar, weil auch Vergleiche mit anderen meist
nur subjektiv beurteilbar sind.

Ist es gerecht z.B. wenn ein 40-jähriger, schon 20 Jahre in der Firma,
eine 20-jährige für die gleiche Tätigkeit in der Zukunft einschult . . .
wäre hier gleicher Lohn gerecht? . . . bei einem Eisverkäufer könnte
man sich eine Gleichbehandlung eventuell vorstellen.....oder?

Die Offenlegung aller Gehälter ist daher eine Utopie, denn das
Gehaltskonto und persönliche Daten wie Geburtsdatum, Familien-
stand usw. fallen einerseits unter Bankgeheimnis andererseits unter
Datenschutz. Wissen sie z.B. das Gehalt ihres Vorgesetzten? Wenn JA
dann bleiben sie glücklich ? – oder können sie was ändern ?

Ex-BR O. Höfler, Voest-Linz

PFG-Ansprechpartner für:

OBERÖSTERREICH, SALZBURG

Otmar Höfler Tel. 0650 400 2339
e-Mail: otmar.hoefler@aon.at

Peter Schnaitter Tel. 069911509293
e-Mail: pschnaitter@ms-stahlhandel.at

Heinz Weißmann Tel. 0650 6032591
e-Mail: heinz.weissmann@aon.at

WIEN, BURGENLAND UND NIEDERÖSTERREICH:

Gerhard Kogler Tel. 017264879
e-Mail: info@pfg.at

STEIERMARK, KÄRNTEN:

Georg Auer Tel. 0664 8330890
e-Mail: georg.auer@andritz.com

Siegfried Trauch Tel. 0676 89554774
e-Mail: s.trauch@at.ats.net

TIROL, VORARLBERG:

Herbert Unterwandling
Tel. 0699/ 10560894
e-Mail: h.unterwandling@gmx.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
Parteilose Gewerkschafter Österreichs, Anastasius Grünstraße 1,
A-4020 Linz. Verlagsort Linz. Tel +FAX 0732 / 651073.

[http:// www.pfg.at](http://www.pfg.at)

Bankverbindung:

BAWAG P.S.K., IBAN AT 66 1400 0467 1033 0255
BIC BAWAATWW; Konto. Nr. 46710330255 BLZ 14000.

Hersteller: Agentur Herzberger, 4050 Traun, Hanfpointstraße 106.
Redaktionelle Bearbeitung, Layout und Fotos: Ing. Otmar Höfler

Österreichische Post AG – info.mail-Entgelt bezahlt